

Keine Chance für sozial Schwache?

Thema Wohnungsmarkt und prekäre Lebenssituation: Politiker im Gespräch mit Bewohnern aus Wohnheimen von Obdach e.V.

Von Maria Stumpf

Kein Job mehr, keine Bleibe, keine Familie – Obdachlosen hilft in Heidelberg seit 30 Jahren der Verein „Obdach“. Dabei geht es zuerst einmal darum, den Betroffenen ein Dach über dem Kopf zu bieten, aber auch Betreuung und Beratung gehören zum Konzept. Nun kamen Vertreter des Paritätischen Landesverbandes Baden-Württemberg zum Gespräch mit Politikern und Mitgliedern einer Wohngemeinschaft des Vereins. „Gegen Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit helfen nur Wohnungen“, erklärte Oliver Kaiser vom Landesverband. Doch Sozialwohnungen gebe es immer weniger, dafür aber immer mehr Wohnungslose. Kaiser sieht einen Zusammenhang.

„Obdach“ betreut im Heidelberger Stadtgebiet etwa 90 WG-Plätze. Im Schnitt werden pro Jahr fünf Wohnplätze wegen Wegzugs wieder frei. In der Stadt leben zurzeit geschätzt 300 Menschen auf der Straße. Darüber informierte Vorstandsmitglied Frank Schmucker zu Beginn der zwanglosen Gesprächsrunde: „Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum im Zentrum der Stadt mit einem Mietpreis nicht über sechs Euro“, forderte Schmucker. Mehrere Bewohner des Hauses begrüßten am Küchentisch die Bundestagsabgeordnete Franziska Brantner (Grüne) und Lothar Binding (SPD), außerdem CDU-Stadtrat Jan Gradel und vom Paritätischen Wohlfahrtsverband neben Kaiser auch Ralf Baumgarth aus Heidelberg.



Über die Erfordernisse sozialer Wohnungspolitik diskutierten Vertreter von „Obdach“ und Paritätischem Wohlfahrtsverband mit Politikern und Betroffenen. Foto: Alex

Die Männer unterschiedlichen Alters schilderten, wie und warum sie durch das soziale Netz fielen: Arbeitslosigkeit, Krankheiten, Alkohol- und Drogensucht oder familiäre Probleme. Auch eine 27-jährige Frau saß mit am Tisch; Krankheit und eine darauf folgende Schulden Spirale prägen die Gegenwart der ehemaligen Erzieherin. „Das Dumme ist, ich passe nicht in die Muster. Keine Alkohol- oder Drogenprobleme, nicht schwanger. Also fühlt sich keine Behörde so richtig zuständig“, sagte sie.



Oliver Kaiser hatte Zahlen dabei: „Nur jeder fünfte sozial schwache Haushalt hat derzeit überhaupt die Chance, eine Sozialwohnung zu bekommen.“ Heute gebe es nur noch knapp über 57 000 Sozialwohnungen im Land, wobei der Bedarf bei etwa einer halben Million liege. Kaiser sieht eine Gesamtverantwortung von Bund, Land und Kommune. Die Ursache für die hohe Zahl der Personen in prekären Lebenssituationen sei auch auf dem Wohnungsmarkt zu suchen. „Die benötigten Wohnungen wer-

den erst gar nicht gefunden oder können nicht finanziert werden. Und das trifft immer mehr auch Menschen, die arbeiten gehen.“

Ralf Baumgarth konnte die Problematik aus lokaler Perspektive nur bestätigen. „Es ist eben auch eine Hausaufgabe für die Kommunalpolitik, Wohnflächen mit anderer Preispolitik zu gestalten.“ Er verwies etwa auf die künftige Entwicklung auf den ehemaligen US-Flächen in der Stadt.

Diesen Aspekt nahm SPD-Mann Binding, der auch Vorsitzender des Heidelberger Mietervereins ist, gerne auf. Er outete sich als Verfechter von Erbpachtbaumodellen und forderte für zukünftige Bebauungen von Freiflächen, dass 40 Prozent für den sozialen Wohnungsbau und 30 Prozent für die geförderte Eigentumsbildung genutzt werden sollten. Die restlichen 30 Prozent sollten privat finanziert werden. „Was dagegen in der Bahnstadt lief, war eine politische Fehlentscheidung der Stadt.“

Da stimmte Franziska Brantner zu, brachte das Thema städteabhängige Wohnkostenzuschüsse in die Diskussion und wünschte sich, dass Wohnungsgemeinnützigkeit wieder mehr in den Fokus rücke. „Aber permanente Subventionen von Wohnungen reichen nicht. Es geht auch darum, dass Menschen in ihren Berufen so bezahlt werden, dass das Einkommen reicht.“ CDU-Politiker Jan Gradel räumte ein, dass sich die Themen „in der Kommune verdichten“. Über den grundsätzlichen Bedarf an günstigen Wohnungen streite man ja gar nicht.